

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden.
Verleger: C. G. Neumann, Neudammstr. 25/26
Zur für Nachgelieferter: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich einmaliger Lieferung monatlich 30, vierteljährlich 90, — M.
Die 10spaltige Zeile mit breiter Zeile 7, — M., außerhalb Sachsens 8, — M. Familienangehörige, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 10spaltige Zeile 5, — M. Vorzugspolizeilaut Tarif, Unzumutbare Beiträge gegen Verabsäumigung. Einzelnnummer 1,50 M., Sonntagsausgabe 2, — M.

Schreibweise und Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 33/40.
Druck u. Verlag von Neyp & Neumann in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Sportgeräte für Tennis
Krocket, Fußball, Hockey, Schlagball, Turnen usw., von bewährter erster Fabrik
Fallboote, beste Konstruktion, E. D. F. W.
B. A. Müller, Prager Str. 32.
Deutschlands größtes Spielwarenhause.

Etablissement 1. Rang — Original amerik. Bar
erstklassige warme und kalte Küche
Excelsior Diele
Seestraße 7
Konzerte Jasha Lohatka, ungar. Kapellmeister, u. Cymbalvirtuos
zum 5-Uhr-Tea und abends

Schokolade
Deutschmeister
wirklich hervorragende Qualität
Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden

Die ergänzende Reparationsnote.

Erweiterung der Reichsbankautonomie.

Dedungsmittel für das Eisenbahndefizit. — Emissionierung der Notenausgabe.

Paris, 14. Juni. Durch Vermittlung der Striegslastkommission in Paris hat die Reparationskommission an die deutsche Regierung die angekündigte ergänzende Note zu ihrer Mitteilung vom 11. Mai gerichtet, auf die sie sich einigangs der neuen Note bezieht. Die Reparationskommission weist darauf hin, daß die Einzelberatungen des Garantiefomitees über folgende Punkte vereinbart sind:

1. Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben des Reiches.
2. Mißbräuchliche Kapitalausfuhr.
3. Staatshaushalt.

Ueber diese drei Punkte erklärt die Kommission, das Ergebnis der Verhandlungen des Garantiefomitees mit der deutschen Regierung abwarten zu wollen.

Bei den noch in der Schwebe befindlichen Punkten

besteht es unter

1. **Zwangsanleihe:** Die Kommission erwartet, daß alle Dispositionen getroffen werden, um bis zum 1. Januar 1923 an diesem Zweck mindestens 40 Milliarden Einnahmen zu erzielen.

2. **Defizit des Budgets der öffentlichen Betriebe:** Die Kommission stellt fest, daß der ihr unterbreitete Haushaltsplan keine ergänzenden Einnahmen zur Deckung dieses Defizits vorsieht. Zwar kündigt der Reichskanzler in seinem Schreiben vom 28. Mai eine Reihe von Ausgabebeschränkungen an, aber es sei keine Rede von den Mitteln, mit denen die außerordentlichen Ausgaben der öffentlichen Betriebe gedeckt werden sollen, die sich für die Eisenbahnen auf 16 986 Millionen, für die Post auf 2 534 Millionen belaufen. Hierüber erwartet die Kommission von der deutschen Regierung bestimmte Vorschläge.

3. **Autonomie der Reichsbank:** Die Kommission erkennt an, daß das deutsche Gesetz über die Autonomisierung der Reichsbank der deutschen Regierung das Recht einräumt, direkt auf den Gang der Finanzoperationen einzuwirken, wie sie es nach dem Gesetz von 1875 konnte. Damit indes die Unabhängigkeit der Reichsbank tatsächlich hergestellt werde, müsse die Bank nicht nur selbst unabhängig sein, sondern auch unabhängiges Personal haben. Die Kommission sei der Auffassung, daß die Rechte der deutschen Regierung bei der Ernennung des Präsidenten und des Aufsichtsrats der Reichsbank sich nach der neuesten Regelung auf eine Kontrolle beschränken, die in Form eines einfachen Einspruchsrechts ausgedrückt wird, und daß den Aktionären oder ihren Vertretern volle Freiheit bei der Wahl gelassen wird. Auf diese Bestimmung legt die Kommission großen Wert. Sie würde es sogar vorsehen, daß das Einspruchsrecht sich nur auf die Wahl des Präsidenten beschränke. Anherdem würde sie es für angebracht halten, daß der Präsident immer aus den Mitgliedern des im Amt befindlichen

lichen Aufsichtsrats gewählt würde. Die Kommission verlangt von der deutschen Regierung eine Bestätigung der von ihr oben zum Ausdruck gebrachten Auslegung. Die Kommission bezieht nicht darauf, daß auf diese Punkte sofort ein neues Gesetz angenommen wird, falls die deutsche Regierung sich verpflichtet, die Forderungen der Kommission auf dem Verwaltungsweg durchzuführen. Sie behält sich jedoch das Recht vor, ein neues Gesetz zu verlangen.

Wichtiger als die Unabhängigkeit der Reichsbank selbst erscheint der Kommission im Interesse einer Gesundung der deutschen Währung und des deutschen Kredits, daß die Reichsbank der deutschen Regierung nur noch nach dem Grundgesetz einer gesunden Bankpolitik Vorschläge teile. Die Unabhängigkeit der Bank kann daher nach ihrer Ansicht erst wirksam werden, wenn

die Reichsbank nicht mehr die Ermächtigung besitzt, Notenausgaben ohne Sachlicheinverständnis zu emittieren.

Die Kommission erkennt an, daß jede Einschränkung der Emission von der Deckung der öffentlichen Ausgaben durch tatsächliche Einnahmen an Steuern und inneren Anleihen abhängt und daß es zurecht verfehlt wäre, die im Gesetz von 1875 vorgesehene und seit 1914 beibehaltene Emissionierung der Papiergeldausgabe wieder herzustellen, wenn nicht vorher die Staatseinnahmen in Ordnung gebracht seien. Die deutsche Regierung müsse aber schon jetzt die Wiederherstellung einer vernünftigen Emissionierung des Reichsbankgeldes vorbereiten und fortgesetzt ernste Anstrengungen machen, um sie so bald wie möglich durchzuführen. Andernfalls wäre wieder zu befürchten, daß die Opfer, die jetzt von der deutschen Volkseinnahme verlangt werden, um dem Anwachsen der schwebenden Schulden Einhalt zu tun, nicht ihr Ziel erreichen.

Die Note ist unterzeichnet von Dubois, John Bradbury, Leon Delacroix und Naggi. (R. T. N.)

Die Ergänzungsnote bildet mit ihren scharfen Eingriffen in die deutsche Finanzwirtschaft und die deutsche Verwaltung einen kleinen Vorgeschmack dafür, was uns nach dem Eintreffen der neuen eigentlichen deutschen Regierung, des Garantiefomitees, in Berlin noch bevorsteht. Dabei handelt es sich vorläufig nur um die Schwebe befindlichen Punkte. Die Haupteingriffe durch die Finanzkontrolle und die Kontrolle der Staatshaushaltsrechnung sind durch die Note bereits in unsere inneren Verhältnisse eingedrungen, muß man aber schätzen, daß die deutsche Vorkaufsetzung, daß die Finanzkontrolle keine Beeinträchtigung der deutschen Souveränität bedeutet, gleich mißgünstig wird und daß tatsächlich die deutschen Staatseinnahmen nur nach dem Willen des Garantiefomitees erfolgen dürfen. Von dem mit dem Scheitern der Anleihe entfallenden Vorbedingung sowohl für die Beschränkung der Notenausgabe als auch für die Finanzkontrolle ist überhaupt nicht mehr die Rede.

Haben in Amerika (!) dienen, die man in Paris auf 750 Millionen Dollar schätzt, so daß man mit einer Anleihe von etwa 3 Goldmilliarden rechnen zu können glaubt. Der Plan ist so verschwommen, daß man sich mit ihm natürlich noch keineswegs beschäftigen kann. Eine nachhaltige Entlastung kann er aber auf keinen Fall bedeuten.

Die neuen Steuerpläne.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Berlin, 14. Juni. Das Reichsfinanzministerium trägt sich, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, mit dem Plane neuer Steuerentwürfe. In erster Linie dürfte dazu die Erhöhung der Umsatzsteuer, sowie der Kohlensteuer gehören. Außerdem ist mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß gleichzeitig auch eine Anzahl von direkten Steuern in Betracht kommt, insbesondere aber auch die Anpassung von direkten Steuern, wie A. B. der Erbschaftsteuer an die fortschreitende Geldentwertung.

Späte Einkehr des „Temps“.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 14. Juni. Der „Temps“ überschreibt seinen Leitartikel „Die Kunst des Möglichen“. Nachdem darin zunächst die Befriedigung über die Teilnahme Frankreichs an der Haager Konferenz zum Ausdruck gebracht wird, befaßt sich der Artikel noch einmal mit dem Scheitern der Anleiheverhandlungen mit Deutschland. Was sei die Folge gewesen, so fragt das Blatt: Ein weiterer Sturz der Mark, neues Ansteigen der Preise in Deutschland und Schäden für alle Industrieländer Europas. Besonders England fühle die deutsche Konkurrenz jetzt noch drückender. Belgien laufe Gefahr, nicht einmal mehr seine monatlichen Zahlungen zu bekommen, die es erwarte und Frankreich fühle natürlich schon, nichts zu bekommen. Die Vereinigten Staaten sehen die Bezahlung ihrer Schulden in weite Ferne gerückt. Kurz, alle Welt erlitt hierbei Verluste. Natürlich sieht es nicht an einem Seitenhieb gegen die deutschen Industriellen und die deutsche Politik der äußersten Rechten, denen die Entwicklung unangenehm sein soll, da sie ihre Mitbürger zur Verzweiflung treiben wollten, um sie für die Monarchie zurückzugewinnen. Besonders eigenartig mutet die Schlussfrage des Artikels an, welche Partei deshalb stehen die Franzosen aus alledem nicht ihre Vorzelle, um die Initiative zu ergreifen, damit endlich das Reparationsproblem in die Richtung des Möglichen gelenkt werde?

Die schwankende Stellung der Reichsregierung.

Berlin, 14. Juni. Die Verhandlungen mit dem Garantiefomitee werden wahrscheinlich am Montag oder Dienstag in Berlin aufgenommen werden. Die Regierung dürfte dem Garantiefomitee erklären, daß sie durch die Vertagung der Anleihe zur Innehaltung der von ihr gegebenen Zusage bezüglich der Fixierung der schwebenden Schulden nicht verpflichtet sei. Sie werde beabsichtigen, auch aus eigenem Interesse die Vermehrung des Notenumlaufs so sehr als möglich einzuschränken. Sollte jedoch ein Stellen des Dollars einziehen, so würde sie sich nicht nur neuen Gehaltsforderungen und insoweit eine neuen Anspannung der Notenpresse gegenübersehen, sie würde vielmehr auch der Reparationskommission davon Mitteilung machen müssen, daß bei einem katastrophalen Zusammenbruch der Mark eine Finanzpolitik, die eine Sicherheit für die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen bietet, nicht mehr durchgeführt werden könne. Bisher sind von der Reichsregierung positive Maßnahmen zur Abwehr der Entwertung der Mark nicht getroffen worden, da die Regierung erst die weitere Entwicklung der Markbewegung abwarten will.

Die schwierige parlamentarische Lage der Reichsregierung für die nächste Zeit ergibt sich aus folgenden Erwägungen: Im Vordergrund stehen die Fragen der Zwangsanleihe, der Getreideumlage und der Reparationsfrage. Es erscheint zweifelhaft, ob es gelingen wird, eine Mehrheit für die Zwangsanleihe zu schaffen. Der Haltung der Deutschen Volkspartei ist man nicht gewiß. Sie hat noch keinen Beschluß gefaßt. Dingen dürften die Unabhängigkeit für die Zwangsanleihe sein, so daß vielleicht doch eine Mehrheit zustande käme. Die zweite Klippe des Kabinetts ist die Getreideumlage. Auch hier ist die Haltung der Deutschen Volkspartei noch unklar. Vielleicht wird sich hierbei aber ebenfalls eine Mehrheit mit den Unabhängigen bilden lassen. (Da.)

Eine „kleine“ Anleihe?

Berlin, 14. Juni. Die Pariser Meldungen durchblicken lassen, ist es möglich, daß das Garantiefomitee der deutschen Regierung einen Vorschlag der Reparationskommission über eine „kleine Anleihe“ überbringen wird, um über die Zeit bis zum Zustandekommen einer großen Anleihe hinwegzuhelfen. Als Garantie sollen die deutschen Ent-

Zur Lage in Deutschösterreich.

Von Graf E. v. Fedtwa.

Als der Friede von St. Germain in Deutschösterreich seine ersten greifbaren Folgen äußerte, erdraf die Welt über das, was Unvernunft und Haß dort angerichtet hatten; in der Presse aller Länder erschienen spaltlange Berichte über die Not in den Donauländern, allenenthalben erörterte man lebhaft die möglichen Folgen eines österreichischen Zusammenbruchs für die Nachbarländer und Europa und besprach alle Mittel, die zur Rettung des unglücklichen Staates führen konnten. Allmählich aber erlosch man sich an die schlimmen Nachrichten von „drüben“, betrachtete den gegenwärtigen Zustand Deutschösterreichs immer mehr als eine Art notwendigen Übels und ging über auf die Aufmerksamkeiten der Völker voll auf in Anspruch nehmen. Niemand rührte sich eine Hand für die Vermeidung von St. Germain, und die österreichische Wirtschaft, einmal im Gleiten, näherte sich unarrestierbar und immer rascher dem Zusammenbruch. Wie oft schon glaubte man, der Scheiternspunkt sei erreicht, hoffte, an dem festen Punkt, von dem es kein Zurück mehr geben konnte, wieder von vorn anzufangen, sich langsam emporarbeiten zu können. Doch stets ging es noch weiter bergab, und alle Bemühungen der österreichischen Staatsmänner, eine Wendung herbeizuführen, scheiterten an der Unmöglichkeit, ein nicht lebensfähiges Staatswesen durch äußere Hilfe zu stützen. In der allerding nur nach deutschen Reichsbegriffen richtigen Auffassung, daß diejenigen, die diesem unmöglichen Staatsgebilde das Leben gegeben, es auch erhalten müßten, haben alle deutschösterreichischen Bundeskanzler auf mannigfachen Weiteckfahrten den Versuch unternommen, von der Entente ausreichende Kredite zu erhalten. Dr. Renner, Dr. Mayr und Dr. Schöber, sie alle lehrten stets mit harten Hoffnungen und großen Plänen heim, weil ihre Leidtragenden den Verpfändungen der feindlichen Staatsmänner allzu rasch vertraut hatte. Inzwischen aber hatte die Entwertung der Krone sich im Inlande bereits entsprechend sichtbar gemacht, die Forderung und damit die Staatsausgaben auf wachsende Summen hinaufgetrieben, bis ein ungeheures Defizit auch die geringen Zugehändnisse, die dem Auslande abgerungen werden konnten, völlig illusorisch machte. Durch den Vertrag von Tawa, der wegen Preisgabe wichtiger nationaler Interessen von allen Seiten mit Recht angefeindet wurde, hat man ein Engagementskommen der Tschechoslowakei durch Stundung der deutschösterreichischen Schulden erlangt. Ein englischer Barkredit, der jedoch nur zum Teil flüssig gemacht werden konnte, war durch die steigenden laufenden Ausgaben bereits verbraucht, bevor zu der erlebten und so oft versprochenen Sanierung der österreichischen Finanzen auch nur ein Schritt getan worden war. Als nun auch Dr. Schöber, der in den Ententeländern besonders Reichthum genoss und deshalb in Genoa als Deutschösterreichs letzte Hoffnung galt, mit leeren Händen heimkehrte, war eine neue Kabinetskrise unvermeidlich. Inzwischen aber hat die nie rastende Notenpresse, die einzige Industrie Deutschösterreichs, die wirklich arbeitet und niemals kreißt, den Notenumlauf auf 345 Milliarden gehiebert.

Es ist außerordentlich bezeichnend für die Dinge im Donaulande, daß auch in dieser Stunde und ohne Rücksicht auf die trostlose Lage des Staates die Parteien einander schroff gegenüberstehen. Die Sozialdemokraten, die unter Renner in der ersten Zeit der glorreichen Republik so gründlich abgewirtschaftet haben und seitder jede Regierung um jeden Preis bekämpfen, freuen sich über jeden Mißerfolg der deutschösterreichischen Wirtschaft und Politik um um jagen zu können: „Seht, die Bürgerlichen machen es nicht besser“. Nicht anders treiben es die Christlichsozialen, die als die stärkste Partei im Parlament doch niemals praktische Politik, sondern ebenfalls nur Parteilichkeit getrieben haben, insbesondere in der Habsburgerfrage. Statt zu arbeiten und zu retten, was noch zu retten ist, wurde man im christlichsozialen Lager nicht müde, dem darbedenden Volke die obligaten Vergleiche mit dem Österreich der Habsburger vor Augen zu führen, und auf diese Weise aus der trostlosen innerpolitischen und Wirtschaftslage des dahinsinkenden Staates Kapital zu schlagen für seine Parteiliebe. Man weiß dort sehr wohl, daß das Volk Deutschösterreichs nach dem Zusammenbruch seiner Macht und seiner Hoffnungen nach jedem Strohhalm greift, der irgendwelche Aussicht auf Rettung zu geben scheint, und suchte diese Hilfe bei den Habsburgern und ihrem französischen Anhang. Als aber die Sache doch nicht recht „zog“, khrte man nicht vor der Lächerlichkeit zurück, die traurige Wehll des letzten Habsburgers zum Märtyrer zu kempeln und zur Barbarossafigur, und schwor, „Karl sei nicht tot, sondern nur verborgen und werde einst wiederkehren, wenn...“. Inzwischen wurde jede deutschfeindliche Kundgebung, die von Besten herübertrönte, dem Volk Deutschösterreichs warnend entgegengehalten und die Christlichsozialen bemühten sich mit anerkenntniswerthem Eifer, den Herren in Paris mit Argumenten gegen den Anstich Deutschösterreichs an Deutschland zu dienen, um auf diesem Wege deren Vertrauen zu gewinnen. Daß es ihnen trotzdem gelang, bei den letzten Wahlen als stärkste Partei in die Kammer einzuziehen und in der deutschösterreichischen Politik selber eine ausschlag-